



Heinz Paula

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro, Schaezlerstr. 13, 86150 Augsburg

☎ 0821 – 30 1 27

✉ 0821 – 30 1 87

✉ heinz.paula@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Augsburg, den 12.1.2012

manroland: SPD Augsburg verärgert über Verweigerungshaltung der Bundesregierung zu „Runden Tisch Druckmaschinenindustrie“

Der Bundestagsabgeordnete Heinz Paula und die Augsburger SPD-Vorsitzende Ulrike Bahr bedauern die heute bekannt gewordene Antwort aus dem Bundeswirtschaftsministerium, in der die Bundesregierung die Forderung der IG Metall nach einem „Runden Tisch Druckmaschinenindustrie“ klar ablehnt. Ungeachtet der Suche nach einem Investor für das traditionsreiche Unternehmen manroland halten die Augsburger SPD-Politiker diesen runden Tisch nach wie vor für dringend erforderlich, um ein industriepolitisches Konzept für die gesamte Branche zu entwickeln.

In ihrer Antwort auf eine entsprechende Anfrage des Bundestagsabgeordneten Heinz Paula erklärt die Bundesregierung nun, dass die drei deutschen weltmarktführenden Unternehmen alle mit strukturellen Problemen kämpfen und untereinander im Wettbewerb stehen. Die Bundesregierung werde sich „wettbewerbsneutral“ verhalten und nicht in „notwendige Anpassungsprozesse“ eingreifen.

Paula und Bahr werten diese Aussage nun als „Verkennung der Zielsetzung eines solchen Runden Tisches“ und „neoliberales Reden von Vorgestern“: „Niemand hat je gefordert, dass die Bundesregierung in den Wettbewerb eingreift. Und die Belehrung, dass Unternehmen und Belegschaften selbst für ihre Wettbewerbsfähigkeit kämpfen müssen, ist angesichts der Situation bei manroland ein Hohn.“ Doch warnt die SPD die Bundesregierung davor, „die Branche in diesem ruinösen Wettbewerb sich selber zu überlassen. Es bestehe die Gefahr, „dass unnötig hochqualifizierte Arbeitsplätze verloren gehen und eine ganze Branche in den Strudel gerissen wird. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass der Staat als Partner der Tarifparteien erfolgreich Industriepolitik betreiben kann.“

Die Augsburger SPD fordert insbesondere den Augsburger CSU-Oberbürgermeister Kurt Gribl und die Bundestagsabgeordneten von CSU und FDP, Ruck und Gruß, auf, sich gegenüber der schwarz-gelben Bundesregierung für den „Runden Tisch“ und damit für die Zukunft des manroland-Standorts Augsburg einzusetzen.